



23/SVV/0861

Antrag
öffentlich

Klimanotstand durch gemeinsame Baumrettungs- Aktion für Potsdam bewältigen

<i>Einreicher:</i> Fraktion Mitten in Potsdam	<i>Datum</i> 22.08.2023
--	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
06.09.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung
21.09.2023	Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	Vorberatung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Oberbürgermeister wird beauftragt mitzuhelfen und zu veranlassen, dass ein alle Stadt- und Ortsteile umfassendes Baumrettungs- und Baumpflegeprogramm formuliert wird, das vor allem alle Bürgerinnen und Bürger, Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer und alle Wohnungsbaugesellschaften in einem großen, ehrenamtlichen Engagement zusammenfasst. Und zwar für eine permanente Aktion. Dabei sollen vor jedem Haus, vor jeder öffentlichen Einrichtung und in jeder Straße und jedem Platz persönliche Aufgaben personell eingeteilt und zugeordnete werden. Stadt- und Grünflächenamt verpflichten sich dabei, ein Kataster zur Pflege zuzusammenstellen und die Bürgerinnen und Bürger bezüglich der Wässerung und Nährstoffzufuhr zu schulen. Diese Aktion soll erst einmal auf 5 Jahre angelegt werden.

Begründung:

Die Vegetation und vor allem die Bäume leiden von Jahr zu Jahr mehr unter dem Klimawandel und der Trockenheit. Fast schon fatalistisch und als Kapitulation vor dem in Potsdam festgestellten Klimanotstand hat der Fachbereichsleiter des Grünflächenamt amtlich verlauten lassen, dass jedes Jahr 2.000 und für die kommenden Jahre 20.000 Bäume verloren gehen, also absterben werden.

Dabei kann doch nicht stehen geblieben werden. Wenn die Potsdamer Politik und ihre Mandatsträger das „1.000-Bäume-Programm“ und den Klimanotstand ernst nehmen, bedarf es nicht so sehr viel Geld. Sondern einer solidarischen und ehrenamtlichen Gesamtleistung der Bevölkerung der Landeshauptstadt. Zur Rettung der Flora und damit auch verbunden der Fauna in Potsdam.

Anlagen:

1 Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich